

Referentenentwurf

der Bundesregierung

Entwurf für ein Gesetz zu dem Protokoll vom 8. Juni 2017 zur Änderung des Vertrages über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)

A. Problem und Ziel

Der länderübergreifende Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten sowie Fahrerlaubnisdaten gewinnt innerhalb der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung (z. B. Prümer Vertrag und die entsprechenden EU-Ratsbeschlüsse zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität, Dritte EG-Führerscheinrichtlinie, Halterdatenaustausch betreffend die Straßenverkehrssicherheit gefährdender Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten). Betroffen hiervon sind im Wesentlichen die nationalen zentralen Verkehrsregisterbehörden, die entsprechende Schnittstellen für den Zugriff auf die bei ihnen gespeicherten Daten für andere öffentliche Stellen bereitstellen müssen. In Deutschland ist dies in der Mehrzahl der Verfahren das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA).

Mit dem Vertrag über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (European Car and Driving Licence Information System -EUCARIS-) vom 29.06.2000 wurde die rechtliche Grundlage für den Austausch von Fahrzeug- und Führerscheindaten zwischen den zuständigen zentralen Registerbehörden der Vertragsstaaten geschaffen. Der Zweck war vorrangig die Bekämpfung der Kraftfahrzeug-Kriminalität und des „Führerschein-Tourismus“. Neben dem in dem Vertrag geregelten Austausch von Fahrzeug- und Führerscheindaten stellt EUCARIS auch eine geeignete technische Plattform für die Realisierung weiterer bi- und multilateraler Datenaustausch-Systeme und – Zwecke im Bereich Verkehrsregisterdaten zur Verfügung.

Der Vertrag wurde in Deutschland mit dem Vertragsgesetz vom 13.12.2003 national ratifiziert.

Mit dem am 08.06.2017 von der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage einer entsprechenden Kabinettsentscheidung vom 03.05.2017 unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) und der Gemeinsamen Erklärung wird der EUCARIS-Vertrag an die zwischenzeitlichen Entwicklungen angepasst. Hauptziel der Änderungen ist es, den Vertrag durch Öffnungsklauseln so zu erweitern, dass er die Nutzung des technischen Systems EUCARIS auch durch sogenannte „Dritte“, die nicht EUCARIS-Vertragspartner sind, und auch als technisches System für einen Datenaustausch auf Basis anderer Vereinbarungen als die, für welche EUCARIS ursprünglich geschaffen wurde, zulässt. Eine flankierende „Gemeinsame Erklärung“ stellt eine einheitliche Auslegung des Änderungsprotokolls sicher.

B. Lösung

Mit dem Gesetz werden für das am 08.06.2017 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Protokoll zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) und die Gemeinsame Erklärung die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Vertrags geschaffen.

Mit der Zustimmung zum Änderungsprotokoll und zur Gemeinsamen Erklärung wird die Anpassung des EUCARIS-Vertrags an zwischenzeitliche Entwicklungen auch im deutschen Recht entsprechend umgesetzt. Damit wird eine erweiterte Nutzung des technischen Systems EUCARIS für den Austausch von Fahrzeug- und Führerscheindaten auf Basis anderer Vereinbarungen als des EUCARIS-Vertrags selbst zugelassen.

Mittlerweile wurde in Lettland und den Niederlanden das Änderungsprotokoll nebst der Gemeinsamen Erklärung ratifiziert. Damit sind das Änderungsprotokoll und die Gemeinsame Erklärung völkerrechtlich in Kraft getreten. Die Republik Finnland hat ihren Aufnahmeantrag am 1. November 2018 zum geänderten Vertrag gestellt und wird – soweit von den Vertragsparteien keine Einwände erhoben werden – neues Vertragsmitglied.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es entstehen keine Haushaltsausgaben, weil das Gesetz und der Vertrag selbst unmittelbares Verwaltungshandeln nicht auslösen. Dieses ist vielmehr nur mit denjenigen Rechtsakten verbunden, die das EUCARIS-System verwenden.

E. Erfüllungsaufwand

Durch das Gesetz und den Vertrag entsteht weder für Bürgerinnen und Bürger, noch für die Wirtschaft, noch für die Verwaltung ein Erfüllungsaufwand. Informationspflichten werden nicht eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft. Das Gesetz dient lediglich der Umsetzung der Vertragsänderung in nationales Recht, um die Nutzung des technischen Systems EUCARIS auch durch sogenannte „Dritte“ und für andere als die ursprünglichen Zwecke zu ermöglichen.

F. Weitere Kosten

Keine.

Referentenentwurf der Bundesregierung für ein

Gesetz

zu dem Protokoll zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 8. Juni 2017 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Vertrags vom 29. Juni 2000 über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) (BGBl. II 2003, S. 1786 ff.) wird mit der bei der Unterzeichnung angebrachten Gemeinsamen Erklärung zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel II Absatz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel II Absatz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der länderübergreifende Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten sowie Fahrerlaubnisdaten gewinnt innerhalb der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung (z. B. Prümer Vertrag und die entsprechenden EU-Ratsbeschlüsse zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität, Dritte EG-Führerscheinrichtlinie, Halterdatenaustausch betreffend die Straßenverkehrssicherheit gefährdender Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten). Betroffen hiervon sind im Wesentlichen die nationalen zentralen Verkehrsregisterbehörden, die entsprechende Schnittstellen für den Zugriff auf die bei ihnen gespeicherten Daten für andere öffentliche Stellen bereitstellen müssen. In Deutschland ist dies in der Mehrzahl der Verfahren das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA).

Mit dem Vertrag über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (European Car and Driving Licence Information System -EUCARIS-) vom 29.06.2000 wurde die rechtliche Grundlage für den Austausch von Fahrzeug- und Führerscheindaten zwischen den zuständigen zentralen Registerbehörden der Vertragsstaaten geschaffen. Neben dem in dem Vertrag geregelten Austausch von Fahrzeug- und Führerscheindaten stellt EUCARIS eine geeignete technische Plattform für die Realisierung weiterer auf bi- und multilateraler Vereinbarungen basierender Datenaustausche zur Verfügung.

Der Vertrag wurde in Deutschland mit dem Vertragsgesetz vom 13.12.2003 national ratifiziert.

Mit dem am 08.06.2017 von der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage einer entsprechenden Kabinettsentscheidung vom 03.05.2017 unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) und der Gemeinsamen Erklärung wird der EUCARIS-Vertrag an die zwischenzeitlichen Entwicklungen angepasst. Hauptziel der Änderungen ist es, den Vertrag durch Öffnungsklauseln so zu erweitern, dass er die Nutzung des technischen Systems EUCARIS auch durch sogenannte „Dritte“, die nicht EUCARIS-Vertragspartner sind, und auch als System für einen Datenaustausch auf Basis anderer Vereinbarungen als die, für welche EUCARIS ursprünglich geschaffen wurde, zulässt. Eine flankierende „Gemeinsame Erklärung“ stellt eine einheitliche Auslegung des Änderungsprotokolls sicher.

II. Wesentlicher Inhalt des Gesetzes

Mit dem Gesetz werden für das am 08.06.2017 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Protokoll zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) und die Gemeinsame Erklärung die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Vertrags geschaffen.

Damit wird die Anpassung des EUCARIS-Vertrags an zwischenzeitliche Entwicklungen auch im deutschen Recht entsprechend umgesetzt.

III. Alternativen

Keine. Allenfalls könnte das Protokoll zur Änderung des Vertrags nicht ratifiziert werden.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Auf die Zustimmung zum Protokoll zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) und die Gemeinsame Erklärung findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Mit dem Protokoll wird der bestehende EUCARIS-Vertrag vom 29.06.2000, der Gegenstand eines Vertragsgesetzes (Gesetz zu dem Vertrag vom 29.06.2000 über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS), BGBl. II 2003, S. 1786 ff.) war, geändert.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Das Gesetz ist mit dem Recht der Europäischen Union und dem Völkerrecht vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Das Gesetz sieht keine Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vor.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Gesetz steht im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Es trägt der Entwicklung Rechnung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es entstehen keine Haushaltsausgaben, weil das Gesetz und der Vertrag selbst unmittelbares Verwaltungshandeln nicht auslösen. Dieses ist vielmehr nur mit denjenigen Rechtsakten verbunden, die das EUCARIS-System verwenden.

4. Erfüllungsaufwand

Durch das Gesetz und den Vertrag entsteht weder für Bürgerinnen und Bürger, noch für die Wirtschaft, noch für die Verwaltung ein Erfüllungsaufwand. Informationspflichten werden nicht eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft. Das Gesetz dient lediglich der Umset-

zung der Vertragsänderung in nationales Recht, um die Nutzung des technischen Systems EUCARIS auch durch sogenannte „Dritte“ und für andere als die ursprünglichen Zwecke zu ermöglichen.

5. Weitere Kosten

Keine.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Keine.

VII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung ist nicht vorgesehen, da auch der Vertrag keine Befristung vorsieht. Eine Evaluierung ist nicht geboten, da weder Kosten noch Verwaltungsaufwand entstehen.

Protokoll zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)

Präambel

Die Staaten, die Parteien des am 29. Juni 2000 in Luxemburg unterzeichneten Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) sind,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

(1) Artikel 1 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrags bezeichnet der Ausdruck

1. »Partei« jeden Staat, der Partei des Vertrags ist, das heißt entweder eine Vertragspartei oder eine Partei, die dem Vertrag beigetreten ist;
2. »Dritter« jeden Staat, der keine Partei im Sinne der Nummer 1 ist, oder eine außerhalb des Hoheitsbereichs eines Staates handelnde öffentlich-rechtliche Stelle, der oder die EUCARIS für einen Datenaustausch auf Grund eines EU-Rechtsakts oder einer anderen zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft nutzt;
3. »zentrale registerführende Behörden« die Behörden der Parteien, die für die Führung der zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregister verantwortlich sind;
4. »nationale Vorschriften« alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften einer Partei, für deren Durchführung die zentralen registerführenden Behörden dieser Partei ganz oder teilweise zuständig sind, betreffend
 - a) die Zulassung oder Registrierung von Fahrzeugen und
 - b) die Erteilung und Registrierung von Führerscheinen;
5. »personenbezogene Daten« alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person.

(2) Artikel 2 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 2

- (1) Die zentralen registerführenden Behörden errichten und unterhalten ein gemeinsames System für den Austausch von Fahrzeug- und Führerscheindaten, nachstehend »Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem« genannt, das unter der Bezeichnung EUCARIS bekannt ist.
- (2) Zweck von EUCARIS ist es,
 - i) die Richtigkeit und Zuverlässigkeit der zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregister der Parteien zu gewährleisten,
 - ii) die Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen einzelstaatliche Rechtsvorschriften im Bereich der Führerscheine und der Fahrzeugzulassung sowie von anderen fahrzeugbezogenen Betrugsdelikten und Straftaten zu unterstützen,
 - iii) Informationen schnell auszutauschen, um somit die Effizienz von Verwaltungsmaßnahmen zu steigern, die von den zuständigen Behörden nach den nationalen Vorschriften der Parteien getroffen werden, und

- iv) den Parteien und Dritten zum Datenaustausch auf Grund eines EU-Rechtsakts oder einer anderen zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft als diesem Vertrag zur Verfügung zu stehen.

(3) Artikel 3 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 3

Im Rahmen von EUCARIS ermöglichen die zentralen registerführenden Behörden einander die Einsichtnahme in einen ausgewählten Teil der in den jeweiligen Fahrzeug- und Führerscheinregistern der Parteien gespeicherten Daten.

Hierfür hält jede zentrale registerführende Behörde ihre eigene Hardware vor, die auf der Grundlage einer einheitlichen Software Zugriff auf die zur Erreichung des Vertragszwecks aus den von ihr geführten zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern bereitgestellten Daten gestattet und den Zugriff auf die Daten aus den zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern der anderen Parteien ermöglicht.

(4) Artikel 4 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 4

Zur Erreichung des Zwecks nach Artikel 2 Absatz 2 Ziffern i bis iii nehmen die zentralen registerführenden Behörden unter Verwendung automatisierter Verfahren Datenabrufe, wie in den Artikeln 3 und 5 erwähnt, aus den zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern für folgende Aufgaben vor:

a) Zentrales Fahrzeugregister:

Wird im Zuständigkeitsbereich einer zentralen registerführenden Behörde die Zulassung eines Fahrzeugs beantragt, das vorher im Zuständigkeitsbereich einer anderen zentralen registerführenden Behörde zugelassen war, so sind die vom Antragsteller angegebenen Daten mit den Daten im zentralen Fahrzeugregister der Partei, in deren Hoheitsgebiet das Fahrzeug bisher zugelassen war, abzugleichen.

Lassen die vom Antragsteller angegebenen Daten den Schluss zu, dass das Fahrzeug in der Vergangenheit im Hoheitsgebiet einer weiteren Partei zugelassen war, so sind die vom Antragsteller angegebenen Daten auch mit dem zentralen Fahrzeugregister dieser Partei abzugleichen.

b) Zentrales Führerscheinregister:

Wird die Erteilung eines Führerscheins im Zuständigkeitsbereich einer zentralen registerführenden Behörde beantragt, so kann diese Behörde durch Einsichtnahme in die Daten der zentralen Führerscheinregister der übrigen Parteien prüfen, ob dem Antragsteller in der Vergangenheit ein Führerschein ausgestellt wurde, der noch gültig ist.

Ebenso ist zu verfahren, wenn die Ersatzausstellung oder der Umtausch eines Führerscheins beantragt wird, der im Zuständigkeitsbereich einer anderen zentralen registerführenden Behörde ausgestellt wurde.

Wird ein Führerschein, der im Zuständigkeitsbereich einer anderen zentralen registerführenden Behörde ausgestellt wurde, einer zentralen registerführenden Behörde zur Registrierung vorgelegt, so ist ein Datenabgleich mit dem zentralen Führerscheinregister der Partei durchzuführen, in deren Hoheitsgebiet der Führerschein ausgestellt wurde.

(5) Artikel 5 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 5

- (1) Für den Abruf im automatisierten Verfahren durch die zentralen registerführenden Behörden müssen die folgenden Daten verfügbar sein:
 - a) Zentrales Fahrzeugregister:
 - i) Marke;
 - ii) Handelsbezeichnung;
 - iii) Fahrzeugidentifizierungsnummer;
 - iv) amtliches Kennzeichen;
 - v) Datum der ersten Zulassung;
 - vi) Kraftstoffart oder Energiequelle;
 - vii) Hinweis auf Diebstahl des Fahrzeugs.
 - b) Zentrales Führerscheinregister:
 - i) Führerscheinnummer;
 - ii) Familienname;
 - iii) andere Namen;
 - iv) Tag und Ort der Geburt;
 - v) Führerscheinklassen, für die eine Berechtigung vorliegt;
 - vi) Verwaltungshinweise oder Auflagen und Beschränkungen in codierter Form;
 - vii) Tag der Erteilung;
 - viii) Ablauf der Gültigkeit;
 - ix) Hinweise auf Ungültigkeit oder Entzug einer Fahrerlaubnisklasse.
- (2) Zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Daten können optional für den Abruf im automatisierten Verfahren durch die zentralen registerführenden Behörden weitere verfügbare Daten des zentralen Fahrzeugregisters und des zentralen Führerscheinregisters bereitgestellt werden, die in einem Dokument aufzulisten sind, das der Zustimmung der Generalversammlung in Übereinstimmung mit Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe b bedarf.
- (3) In diesem Dokument können nur Daten aufgeführt werden, die für die Erreichung der in Artikel 2 Absatz 2 Ziffern i bis iii genannten Zwecke dieses Vertrags erforderlich sind.
- (4) Übereinkünfte über den Abruf weiterer Daten durch die zentralen registerführenden Behörden im Rahmen nationaler Vorschriften bleiben unberührt.

(6) Artikel 6, Satz 1 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 6

Zur Erreichung des Zwecks nach Artikel 2 Absatz 2 Ziffern i bis iii leiten die zentralen registerführenden Behörden nach Maßgabe der nationalen Vorschriften der Parteien vor der Vornahme weiterer Verwaltungshandlungen aufklärende Maßnahmen ein, falls Zweifel über die tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse an Fahrzeugen oder Führerscheinen bestehen.
[...]

(7) Artikel 8 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 8

- (1) Die Parteien stellen durch entsprechende Maßnahmen sicher, dass die Bestimmungen des Vertrags eingehalten werden.
- (2) Der unmittelbare Zugang zu den im Rahmen von EUCARIS zum Abruf bereitgehaltenen Daten gemäß Artikel 5 ist den zentralen registerführenden Behörden der Parteien vorbehalten.
- (3) Diese Behörden tragen für ihre Partei die Verantwortung für den ordnungsgemäßen Betrieb von EUCARIS und stellen durch entsprechende Maßnahmen sicher, dass die Bestimmungen des Vertrags eingehalten werden.

- (4) Zur Erreichung der in Artikel 2 Absatz 2 Ziffern i bis iii genannten Zwecke und nach Maßgabe der nationalen Vorschriften der Parteien dürfen die für die Zulassung und Registrierung von Fahrzeugen und die Erteilung und Registrierung von Führerscheinen zuständigen Verwaltungsbehörden ebenso wie die nationalen Polizei-, Zoll-, Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden Informationen mittels EUCARIS über die zentralen registerführenden Behörden abrufen. Diese Informationen dürfen nur unter Beachtung des nationalen Rechts der abrufenden Partei und unter Beachtung der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr einschließlich jedes diese Richtlinie ändernden oder ersetzenden Rechtsakts an andere Stellen weitergegeben werden.

(8) Ein neuer Artikel 8a wird eingefügt:

Artikel 8a

- (1) Der Zugang für Parteien und Dritte zu Daten, die auf Grund eines EU-Rechtsakts oder einer anderen zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft als diesem Vertrag zum Abruf bereitgehalten werden, ist den auf dieser jeweiligen Grundlage zuständigen Behörden vorbehalten.
- (2) Von den Behörden wird erwartet, dass sie die Verantwortung für den ordnungsgemäßen Betrieb und die ordnungsgemäße Nutzung von EUCARIS tragen.
- (3) Durch technische Maßnahmen in Form von eigenständigen Anfrage- und Auskunftsnachrichten sowie eigenen Funktionen des Datenaustausches für die unterschiedlichen Nutzungszwecke ist zu gewährleisten, dass die Behörden der Parteien und Dritte nur Zugang zu Daten haben, für die sie auf Grund des jeweiligen EU-Rechtsakts oder der jeweiligen zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft berechtigt sind.

(9) Artikel 9 des Vertrags wird gestrichen.

(10) Artikel 10 des Vertrags wird gestrichen.

(11) Artikel 11, Absatz 1 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 11

- (1) Die Parteien dürfen die im Rahmen von EUCARIS übermittelten Daten nur zur Erreichung der in Artikel 2 Absatz 2 Ziffern i bis iii genannten Zwecke verwenden.

(12) Artikel 12 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 12

Wenn im Rahmen von EUCARIS Daten zwischen den zentralen registerführenden Behörden ausgetauscht werden, so ist die übermittelnde zentrale registerführende Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die im Anschluss getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

(13) Artikel 17 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 17

Die zentralen registerführenden Behörden stellen sicher, dass Aufzeichnungen gefertigt werden und dass die von ihnen geführten Aufzeichnungen über Daten, die bei den zentralen registerführenden Behörden der Parteien abgerufen worden sind, den nationalen Datenschutzvorschriften entsprechen. Diese Aufzeichnungen

1. müssen den Grund für den Datenabruf, nähere Angaben zu den abgerufenen Daten sowie Datum und Uhrzeit der Abrufe enthalten;
2. dürfen nur für Kontrollzwecke verwendet werden;
3. sind in geeigneter Weise gegen zweckfremde Verwendung und gegen sonstigen Missbrauch zu schützen;
4. sind nach zwölf Monaten zu löschen oder unter Einhaltung der nationalen Rechtsvorschriften der Parteien bezüglich der Archivierung und Löschung von Aufzeichnungen zu behandeln.

(14) Artikel 18 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 18

Jede Partei oder jeder Dritte beachtet die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr und benennt ihre beziehungsweise seine nationalen Aufsichtsbehörden nach Richtlinie 95/46/EG, welche beauftragt sind, völlig unabhängig die Einhaltung der Datenschutzvorschriften des Vertrags zu überwachen. Dieser Artikel soll auch zur Anwendung kommen, wenn sich die Verordnung oder die Richtlinie ändern oder ersetzt werden.

Die Aufsichtsbehörden müssen nach Maßgabe ihrer jeweiligen spezifischen nationalen Rechtsvorschriften unabhängig Aufsicht führen und Kontrollen vornehmen, um zu gewährleisten, dass durch den Abruf und die Verwendung der Daten die Rechte der betroffenen Personen nicht verletzt werden. Zu diesem Zweck haben die Aufsichtsbehörden Zugang zu EUCARIS.

(15) Artikel 19 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 19

- (1) Es gibt eine Generalversammlung, die aus den Vertretern der Parteien und den Vertretern der Dritten besteht. Die Generalversammlung tritt jährlich zu ordentlichen Tagungen zusammen und nach Bedarf zu außerordentlichen Tagungen.
- (2) Die Generalversammlung ist verantwortlich für
 - a) die Durchführung und ordnungsgemäße Anwendung der Bestimmungen des Vertrags;
 - b) die Zustimmung zu dem in Artikel 5 Absatz 2 genannten Dokument mit der Auflistung von Daten, die zusätzlich zu den in Artikel 5 Absatz 1 genannten Daten für den Abruf bereitgestellt werden können;
 - c) das ordnungsgemäße Funktionieren von EUCARIS;
 - d) für alle finanziellen Angelegenheiten von EUCARIS.Die Generalversammlung kann die Nebenorgane und Stellen einsetzen, die sie für ihre Arbeit als notwendig erachtet.
Die Generalversammlung legt ihre Geschäftsordnung mit einer Vierfünftel-Mehrheit fest.
- (3) Jeder Staat hat eine Stimme, und zwar unabhängig von der Anzahl der Delegierten, die die Parteien oder Dritten in die Generalversammlung entsenden und unabhängig von der Anzahl der Verbindungen oder der Funktionen und Nutzer.

- (4) Beschlüsse oder Entschlüsse, die den Vertrag betreffen, die Auflistung von Daten nach Artikel 5 Absatz 2 und die Behandlung von Staaten, die dem Vertrag beitreten möchten, sind den Parteien vorbehalten und erfordern eine Vierfünftel-Mehrheit, wobei mindestens der Hälfte aller Parteien vertreten sein muss. Die Generalversammlung legt die Abstimmungsverfahren für alle anderen Angelegenheiten in ihrer Geschäftsordnung fest.

(16) Artikel 20 des Vertrags erhält folgende Fassung:

Artikel 20

- (1) Die Kosten in Verbindung mit dem Betrieb und der Benutzung von EUCARIS durch die Parteien und Dritte in ihrem Hoheitsgebiet werden von der betroffenen Partei beziehungsweise von dem betroffenen Dritten getragen.
- (2) Die gemeinsamen Ausgaben, die durch die Durchführung des Vertrags entstehen, werden – vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung durch die Generalversammlung – von den Parteien und den Dritten getragen.

Artikel II

- (1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt; diese ist Verwahrer dieses Protokolls.
- (2) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Eingang der zweiten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde zu dem Protokoll beim Verwahrer in Kraft.
- (3) Für die Vertragsparteien, die ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde zu diesem Protokoll nach Inkrafttreten des Protokolls hinterlegen, tritt das Protokoll am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Urkunde beim Verwahrer hinterlegt wurde.
- (4) Jeder Staat, der dem Vertrag im Einklang mit Artikel 24 des Vertrags nach Inkrafttreten dieses Protokolls beitrifft, tritt dem geänderten Vertrag bei.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Luxemburg am 8. Juni 2017 in deutscher, englischer, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird, welche jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift übermittelt.

Für das Königreich Belgien

Für die Bundesrepublik Deutschland

Für die Republik Lettland

Für das Großherzogtum Luxemburg

Für das Königreich der Niederlande

Für Rumänien

Für die Slowakische Republik

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland

Hinweise und Erläuterungen zu den Änderungen

- Allgemeine Bemerkung:
Der Hauptgrund für die Änderung des EUCARIS-Vertrags ist die Tatsache, dass EUCARIS als technisches System inzwischen nicht nur für den Datenaustausch auf Grund des Vertrags, sondern auch für den Datenaustausch auf der Grundlage von anderen EU-Rechtsakten (z.B. der CBE-Richtlinie und der Prümer Ratsbeschlüsse) oder auf Grund zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte genutzt wird. Diese multifunktionale Nutzung von EUCARIS spiegelt sich im bisherigen Vertrag nicht wider. Das Hauptziel für die Änderungen ist es daher, den Vertrag durch „Öffnungsklauseln“ so zu erweitern, dass er auch eine rechtliche Grundlage für die Nutzung von EUCARIS für andere Zwecke darstellt. Ergänzend wurden einige redaktionelle Änderungen und Klarstellungen aufgenommen.
- Änderung des Artikels 1:
Nr. 1 stellt klar, dass eine *Partei* immer ein Staat (und keine Organisation) ist. In Nr. 2 wird der Begriff *Dritter* definiert. Ein *Dritter* ist entweder ein Staat, der keine Vertragspartei ist, oder eine außerhalb des Hoheitsbereichs eines Staates handelnde Stelle (z.B. die Europäische Kommission), die EUCARIS für einen Datenaustausch auf der Grundlage eines EU-Rechtsakts oder einer zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft nutzt. Ein *Dritter* kann niemals eine private Organisation sein.
- Änderung des Artikels 2:
In Absatz 2 Ziffer iii wird der in Artikel 1 Nummer 4 bestimmte Begriff „nationale Vorschriften“ anstatt der „Rechts- und Verwaltungsvorschriften“ verwendet (wie in den anderen Wortlauten des Vertrags).
Mit der neuen Ziffer iv werden die Zwecke von EUCARIS auf die Möglichkeit des Gebrauchs durch *Dritte* ausgedehnt.
- Änderung des Artikels 5:
Der ursprüngliche Artikel 5 des EUCARIS-Vertrags bestimmt die verpflichtend von den Parteien zum Abruf im automatisierten Verfahren für die Zwecke des Vertrags bereitzuhaltenden Daten. Diese Auflistung der verpflichtenden Daten ist im Vertrag festzulegen. Aber es sollte eine Möglichkeit geben, weitere optionale Daten ohne das Erfordernis einer Vertragsänderung festzulegen. Durch die neuen Absätze 2 und 3 wird der EUCARIS-Generalversammlung (das bisherige Teilnehmertreffen; siehe auch die Erläuterungen zu Artikel 19) deshalb die Befugnis übertragen, weitere optional in die Auskunft aufzunehmende Daten in einem Dokument aufzulisten, das durch die Generalversammlung genehmigt werden muss. Hiermit wird die Möglichkeit geschaffen, den Datenkranz flexibel neuen Entwicklungen und Anforderungen entsprechend anzupassen, ohne den Vertrag selbst ändern zu müssen. Dabei sind die optional zu beauskunftenden Daten nur zu liefern, wenn sie im nationalen Register verfügbar sind; es besteht keine Verpflichtung hierzu. Durch die Bezugnahme auf (den neuen) Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe b wird festgelegt, dass die Liste der Zustimmung der Generalversammlung bedarf.

Der neue Absatz 3 beschränkt die Auflistung der Daten auf solche Daten, die zur Erreichung der Zwecke des Vertrags nach Artikel 2 Absatz 2 Ziffern i bis iii notwendig sind. Die Datenelemente in Absatz 1 entsprechen denen des Originalvertrags. Es wurden lediglich die Bezeichnungen an die im Rahmen der europäischen Gesetzgebung verwendeten Begriffe angepasst, insbesondere der Richtlinie 1999/37/EC für Fahrzeugdaten und der Richtlinie 2006/126/EC für Führerscheindaten.

Der neue Absatz 4 entspricht Absatz 2 des Originalvertrags.

- Änderung des Artikels 8:

Der neue Absatz 1 wurde im Rahmen des Teilnehmertreffens in Oslo 2014 beschlossen, jedoch war er zunächst als letzter Satz des Artikels 8a Absatz 2 vorgesehen. Der Satz stellt klar, dass insbesondere die Parteien die Einhaltung der Bestimmungen des Vertrags sicherzustellen haben, auch wenn das EUCARIS-System für andere rechtmäßige Zwecke genutzt werden kann. Der Satz wurde nach Artikel 8 verschoben, um der Struktur des Vertrags gerecht zu werden. Der neue Absatz 4 ist die ein wenig geänderte Version des Artikels 9 des ursprünglichen EUCARIS-Vertrags. Der erste Satz stellt klar, welche Behörden das Recht besitzen, direkte Auskünfte über die zentralen Registerbehörden zu erhalten. Der zweite Satz spezifiziert, unter welchen Bedingungen diese Informationen an andere Stellen übermittelt werden dürfen. Bisher beinhaltete Artikel 9 des EUCARIS-Vertrags ein striktes Weitergabeverbot der über EUCARIS abgerufenen Daten an andere als die im Vertrag genannten Stellen und Organisationen. Aufgrund dieses strikten Weitergabeverbots war eine Unterzeichnung des Vertrags für die skandinavischen Staaten nicht möglich, da diese Bestimmung nicht in Übereinstimmung mit den jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften steht. Auf der anderen Seite ist eine ersatzlose Streichung dieses Verbots für andere Staaten (z.B. Deutschland oder das Vereinigte Königreich) nicht akzeptabel. Nachdem ein gemeinsames Verständnis erreicht wurde, wurde der skandinavische Vorschlag übernommen. Nach dieser neuen Bestimmung ist die Weitergabe der Daten an andere Stellen nur zulässig, sofern das innerstaatliche Recht der empfangenden Partei dies erlaubt und die europäische Datenschutzrichtlinie 95/46/EC beachtet wird. Die anderen Stellen können private Organisationen sein.

- Neuer Artikel 8a:

Artikel 8a beinhaltet – wie Artikel 8 für die ursprünglichen Zwecke des EUCARIS-Vertrags – damit vergleichbare Regelungen für die Nutzung von EUCARIS durch Dritte. Dabei wird in Absatz 1 der Begriff des „unmittelbaren Zugangs“ durch den weiter gefassten Begriff des „Zugangs“ ersetzt, da durch die Vertragsgrundlagen zur Nutzung durch Dritte nicht nur der unmittelbare Zugang, sondern jeder Zugang zu den Daten im Allgemeinen geregelt werden soll.

Aus deutscher Sicht ist es wichtig, dass durch entsprechende Bestimmungen im Vertrag gewährleistet ist, dass Dritte nur Zugang zu den Daten haben, für die sie gemäß der jeweiligen Rechtsgrundlage berechtigt sind. Die Bestimmungen des Artikels 16 des Vertrags sind nicht ausreichend. Deshalb wurde Artikel 8a um einen neuen Absatz 3, der explizit eine entsprechende Regelung beinhaltet, erweitert. Es ist offensichtlich, dass der Zugang auch für private Organisationen möglich ist, aber nur in dem Fall, in dem diese Organisationen im Auftrag einer berechtigten öffentlichen Stelle arbeiten.

- Streichung des Artikels 9:
Die Bestimmungen des Artikels 9 wurden in einer leicht veränderten Form in den neuen Artikel 8 Absatz 3 aufgenommen. Damit kann Artikel 9 gestrichen werden.
- Streichung des Artikels 10:
Da inzwischen die EU-Gesetzgebung im Bereich der Fahrzeugregistrierung und des Fahrerlaubniswesens die Aspekte der Dokumentenhandhabung mit abdeckt, ist eine gesonderte Regelung im Rahmen des Vertrags nicht mehr notwendig. Artikel 10 kann daher gestrichen werden.
- Änderung des Artikels 17:
Die neue Ziffer iv erlaubt mehr Flexibilität im Hinblick auf die Löschung von Datensätzen. Im Allgemeinen sind diese Datensätze nach zwölf Monaten zu löschen, es sei denn, längere oder kürzere Fristen sind aufgrund der nationalen Rechtsvorschriften möglich.
- Änderung des Artikels 18:
Neben der Richtlinie 95/46/EC ist auch die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 von den Parteien und Dritten zu beachten.
- Änderung des Artikels 19:
Anstatt des Begriffs „Board“(Kommission) wird der zutreffendere Begriff der „General Assembly“(Generalversammlung) verwendet (Absatz 1). Die Generalversammlung besteht aus Vertretern aller Parteien und Vertretern von allen Dritten, wobei jeder Staat eine Stimme hat, und zwar unabhängig von der Anzahl der Delegierten (Absatz 3). Die Stimmrechte von Dritten sind auf solche Angelegenheiten begrenzt, die nicht den Vertrag selbst betreffen (Absatz 4). In Absatz 2 sind die Aufgaben der Generalversammlung festgelegt. Diese wurden um eine Regelung ergänzt, mit der der Generalversammlung das ausdrückliche Recht eingeräumt wird, das Dokument mit der Auflistung der in Artikel 5 Absatz 2 genannten Daten zu genehmigen und Beschlüsse über alle finanziellen Angelegenheiten zu fassen. Details (z.B. über Nebenorgane oder das Abstimmungsverfahren) können in der Geschäftsordnung festgelegt werden, die von der Generalversammlung mit Vierfünftel-Mehrheit zu beschließen ist (Absätze 2 und 4).
- Änderung des Artikels 20:
Die Kosten sind nicht nur von den Parteien, sondern auch von den Dritten zu tragen. Aufgrund der unterschiedlichen Funktionalitäten und der verschiedenen Zusammensetzung der Nutzergruppen werden die Aufwendungen grundsätzlich nicht zu gleichen Teilen verteilt. Eine Partei oder ein Dritter hat – neben dem allgemeinen Beitrag – nur für die von ihr beziehungsweise ihm genutzten Funktionalitäten zu zahlen.

Gemeinsame Erklärung

Die Staaten, die Parteien des am 29. Juni 2000 in Luxemburg unterzeichneten Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) sind, stimmen darin überein, dass Artikel 1 Nummer 2, Artikel 2 Absatz 2 Ziffer iv und Artikel 8a des Vertrags in seiner durch das heute unterzeichnete Protokoll geänderten Fassung so auszulegen sind, dass EUCARIS für Funktionalitäten zum Austausch von Fahrzeugdaten oder straßenverkehrsbezogenen Daten genutzt werden darf, sofern der automatisierte Austausch der Daten nach dem EU-Rechtsakt, der zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft oder der innerstaatlichen Rechtsvorschrift, welche beziehungsweise welcher die Grundlage für diesen Austausch darstellt, zulässig oder verpflichtend ist.

Protocol amending the Treaty concerning a European Vehicle and Driving Licence Information System (EUCARIS)

Preamble

The States Parties to the Treaty concerning a European Vehicle and Driving Licence Information System (EUCARIS), signed at Luxembourg on 29 June 2000,

Have agreed as follows:

Article I

(1) Article 1 of the Treaty shall be replaced by:

Article 1

In this Treaty the term:

1. "Party" denotes any State that is a party to the Treaty, i.e. either a contracting Party or a Party having acceded to the Treaty;
2. "Third Party" denotes any State, not being a Party as mentioned in Article 1.1, or public entity operating outside the jurisdiction of a State, that makes use of EUCARIS for any data exchange based on an EU legal act or on any bilateral or multilateral agreement ;
3. "central registration authorities" denotes the authorities of the Parties which are responsible for managing the central registers of vehicles and driving licences;
4. "national regulations" denotes all legal and administrative regulations of a Party for the implementation of which the central registration authorities of this Party are responsible, in whole or in part, with regard to:
 - a) the licensing or registration of vehicles, and
 - b) the issuing and registration of driving licences;
5. "personal data" denotes any information about a particular or identifiable person.

(2) Article 2 of the Treaty shall be replaced by:

Article 2

- (1) The central registration authorities shall set up and maintain a common system for the exchange of vehicle and driving licence data, hereinafter referred to as the "European Vehicle and Driving Licence Information System", known as EUCARIS.
- (2) The purpose of EUCARIS is:
 - i) to ensure that the central vehicle and driving licence registers of the Parties are accurate and reliable;
 - ii) to assist in preventing, investigating and prosecuting offences against the laws of individual States in the field of driving licences, vehicle registration and other vehicle-related fraud and criminality;
 - iii) to exchange information rapidly in order to increase the efficiency of administrative measures taken by the relevant authorities according to the national regulations of the Parties; and
 - iv) to be at the disposal for Parties or Third Parties wishing to exchange data based on an EU legal act or any bilateral or multilateral agreement other than this Treaty.

(3) Article 3 of the Treaty shall be replaced by:

Article 3

Within the framework of EUCARIS, the central registration authorities shall allow one another to access a selected part of the data stored in the central vehicle and driving licence registers of the Parties.

For this purpose, each central registration authority shall have its own hardware which, by using common software, shall allow access to the data from its own central vehicle and driving licence registers for the purpose of achieving the aim of the Treaty and shall give access to the data from the central vehicle and driving licence registers of the other Parties.

(4) Article 4 of the Treaty shall be replaced by:

Article 4

In order to achieve the purpose set out in Article 2, paragraph (2), subparagraph i) to iii), the central registration authorities shall, using automated procedures, retrieve the data as mentioned in Articles 3 and 5 from the central vehicle and driving licence registers in order to perform the following duties:

a) Central vehicle register:

If an application to register a vehicle is made in the area of responsibility of a central registration authority and if that vehicle has previously been registered in the area of responsibility of another central registration authority, the information provided by the applicant shall be checked against the information from the central vehicle register of the Party in whose territory the vehicle was previously registered.

If the information provided by the applicant leads to the conclusion that the vehicle was previously registered in the territory of another Party, the information provided by the applicant should also be checked against the information from the central vehicle register of that Party.

b) Central driving licence register:

If an application for a driving licence is made in the area of responsibility of a central registration authority, that authority may, by inspecting the information from the central driving licence registers of the other Parties, check whether the applicant has in the past been issued with a driving licence that is still valid.

The same procedure shall be followed if an application is made for the replacement or the exchange of a driving licence that has been issued in the area of responsibility of another central registration authority.

If a driving licence that has been issued in the area of responsibility of another central registration authority is presented to a central registration authority for registration, a data check shall be made against the information in the central driving licence register of the Party in whose territory the driving licence has been issued

(5) Article 5 of the Treaty shall be replaced by:

Article 5

(1) The following data shall be available for retrieval through the automated procedure used by the central registration authorities:

a) Central vehicle register:

- i) make;

- ii) commercial description;
 - iii) vehicle identification number;
 - iv) registration number;
 - v) date of first registration;
 - vi) type of fuel or power source;
 - vii) status indicating that the vehicle is stolen.
- b) Central driving licence register:
- i) number of the licence;
 - ii) surname of the holder;
 - iii) other names of the holder;
 - iv) date and place of birth;
 - v) (sub)category(ies) of vehicle(s) the holder is entitled to drive;
 - vi) administrative remarks or restrictions in code form;
 - vii) date of issue;
 - viii) date of expiry;
 - ix) status indicating that a category has become invalid or disqualified.
- (2) In addition to the data mentioned in paragraph (1) further optional data may be made available for retrieval through automated procedure by the central registration authorities for both the central vehicle register and the central driving licence register; these data shall be listed in a document to be approved by the General Assembly in accordance with Article 19 paragraph (2) letter b).
- (3) This document may only list the data that serve the purposes of this Treaty set out in Article 2 paragraph (2) subparagraphs i) to iii).
- (4) Agreements concerning the retrieval of other information by the central registration authorities within the framework of national regulations are not affected.

(6) Article 6, sentence 1 of the Treaty shall be replaced by:

Article 6

In order to achieve the purpose set out in Article 2 paragraph (2) subparagraph i) to iii), the central registration authorities shall, in accordance with the national regulations of the Parties, arrange for action to be taken to clarify the situation before taking further administrative measures, if there is any doubt about the actual or legal conditions of the vehicles or driving licences.

[...]

(7) Article 8 of the Treaty shall be replaced by:

Article 8

- (1) The Parties shall take the appropriate action to ensure that the provisions of the Treaty are observed.
- (2) Direct access to the data referred to in Article 5 is restricted to the central registration authorities of the Parties.
- (3) These authorities are responsible, on behalf of their Party, for the correct operation of EUCARIS, and shall take the appropriate action to ensure that the provisions of the Treaty are observed.
- (4) In order to achieve the purposes set out in Article 2 paragraph (2) subparagraphs i) to iii) and in accordance with the national regulations of the Parties, the administrative authorities responsible for registering vehicles and issuing and registering driving licences as well as the national police, customs, prosecution and national security authorities are allowed to request information from EUCARIS through the central registration authorities. This information may only be supplied to other entities in compliance with the provisions of the national legislation of the receiving Party and Directive 95/46/EC of the European Parliament and of the Council of 24 October 1995 on the protection of individuals with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data, including any act amending or replacing this Directive.

(8) A new Article 8a shall be added:

Article 8a

- (1) Access for Parties and Third Parties to the data stored ready for retrieval under an EU legal act or any bilateral or multilateral agreement other than this Treaty is restricted to the authorities responsible under that act or agreement.
- (2) These authorities are expected to be responsible for the correct operation and use of EUCARIS.
- (3) Technical measures in the form of independent request and response messages and specific functions of data exchange for the various application purposes shall ensure that authorities of Parties and Third Parties only have access to data regarding which they are authorised under the relevant EU legal act or the relevant bilateral or multilateral agreement.

(9) Article 9 of the Treaty shall be deleted.

(10) Article 10 of the Treaty shall be deleted.

(11) Article 11, paragraph 1 of the Treaty shall be replaced by:

Article 11

- (1) The Parties shall use information transmitted under EUCARIS only in order to achieve the purposes set out in Article 2 paragraph (2) subparagraphs i) to iii).

(12) Article 12 of the Treaty shall be replaced by:

Article 12

If information is exchanged between central registration authorities under EUCARIS, the central registration authority providing the information shall be informed on request of the use to which the information provided is to be put and of the follow up action taken.

(13) Article 17 of the Treaty shall be replaced by:

Article 17

The central registration authorities shall ensure that records are produced and that records kept by them on the information retrieved from the central registration authorities of the Parties comply with national data protection requirements.

These records shall

1. contain the reason for the retrieval, details of information retrieved and the date and time of retrievals;
2. be used only for audit purposes;
3. be suitably protected against misapplication and against other misuse;
4. be deleted after twelve months, alternatively handled in compliance with the national legislation of the Parties concerning the filing and deletion of records.

(14) Article 18 of the Treaty shall be replaced by:

Article 18

Each Party or Third Party shall respect Regulation (EC) No 45/2001 of the European Parliament and of the Council of 28 December 2000 on the protection of individuals with regard to the processing of personal data by the Community institutions and bodies and on the free movement of such data and, according to Directive 95/46/EC, appoint its national supervisory authorities which have the task of fully independently monitoring the compliance with the data protection provisions of the Treaty. This Article shall also apply to any act amending or replacing this Regulation or Directive. The supervisory bodies shall carry out independent supervision and checks in accordance with their particular national legal regulations in order to ensure that the rights of the persons concerned are not infringed by the retrieval and use of the information. For this purpose the supervisory bodies shall have access to EUCARIS.

(15) Article 19 of the Treaty shall be replaced by:

Article 19

- (1) There shall be a General Assembly consisting of representatives of all Parties and Third Parties. The General Assembly shall meet every year in regular session and in such special sessions as may be necessary.
- (2) The General Assembly shall be responsible for:
 - a. the implementation and correct application of the provisions of the Treaty;
 - b. the approval of the document mentioned in Article 5 paragraph (2) containing the list of optional data available for retrieval in addition to the data mentioned in Article 5 paragraph (1);
 - c. the correct technical and operational functioning of EUCARIS;
 - d. all financial matters concerning EUCARIS.The General Assembly may establish subsidiary organs or bodies as it deems necessary for its functioning.
The General Assembly shall adopt its Rules of Procedure with a four-fifth majority.
- (3) Each State shall have one vote, irrespective of the number of delegates that each Party or Third Party delegates to the General Assembly and irrespective of the number of connections, services or users.
- (4) Decisions or resolutions on matters concerning the Treaty, the data set mentioned in Article 5 paragraph (2) and applications of States to accede to the Treaty shall be made by the Parties only with a four-fifth majority, with at least a half of all the Parties represented. The General Assembly shall regulate the voting procedure concerning all other matters in its Rules of Procedure.

(16) Article 20 of the Treaty shall be replaced by:

Article 20

- (1) The costs of operating and applying EUCARIS by the Parties and Third Parties on their territory shall be borne by the Party concerned or the Third Party concerned, respectively.
- (2) Subject to prior approval by the General Assembly the common expenses incurred in implementing the Treaty shall be borne by the Parties and Third Parties.

Article II

- (1) The present Protocol is subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the Grand Duchy of Luxembourg which shall be the Depositary of this Protocol.
- (2) This Protocol shall enter into force on the first day of the second month following the date of receipt by the Depositary of the second instrument of ratification, acceptance or approval of the Protocol.
- (3) For the Contracting Parties that deposit their instrument of ratification, acceptance or approval of the Protocol after its entry into force, the Protocol shall enter into force on the first day of the second month following the date on which the instrument was deposited with the Depositary.
- (4) Any State that accedes to the Treaty in accordance with Article 24 of the Treaty after the entry into force of this Protocol accedes to the amended Treaty.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE at Luxembourg on June 8, 2017 in the Dutch, English, French and German languages, the four texts being equally authentic, in one original which shall be deposited with the Government of the Grand Duchy of Luxembourg, which shall transmit a certified copy to each Contracting Party.

For the Kingdom of Belgium,

For the Federal Republic of Germany,

For the Republic of Latvia,

For the Grand Duchy of Luxembourg,

For the Kingdom of the Netherlands,

For Romania,

For the Slovak Republic,

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Comments and Explanations on the Changes

- General remark

The main reason for amending the EUCARIS Treaty is the fact that EUCARIS as a technical system is used in the meantime not only for the data exchange according to the Treaty but also for the data exchange based on other EU legal acts (like the CBE directive and the Prüm Council decisions) or bi- or multilateral agreements. This multifunctional use of EUCARIS is not reflected in the current EUCARIS Treaty. The main aim for the changes is therefore to extend the Treaty by an “opening clause” as the legal basis for using EUCARIS for other purposes. Additionally some editorial changes and clarifications were made.

- Change of Article 1:

- Number 1 clarifies that a *Party* is always a State (and not an organization)
- In number 2 the term *Third Party* is defined. A *Third Party* is either a State, not being a Party to the Treaty, or a public entity, operating outside the jurisdiction of a State (e.g. the Commission), that uses EUCARIS for any data exchange based on an EU legal act or a bi- or multilateral agreement. A *Third Party* could never be a private organisation.

- Change of Article 2:

- In paragraph (2) subparagraph iii) the term “national regulations” as defined in Article 1 number 4 is used instead of “legal and administrative regulations” (like in the other language versions of the Treaty).
- With the new subparagraph iv) the purposes of EUCARIS are enlarged to be available for the usage by Third Parties.

- Change of Article 5:

The original Article 5 of the EUCARIS Treaty defines the mandatory data which shall be available for retrieval through the automated procedure for the purposes of the Treaty. This mandatory set of data has to be defined in the Treaty itself. But it should exist a possibility to define additional optional data without the necessity to change the Treaty. So the new paragraphs (2) and (3) give the EUCARIS General Assembly (former Participants' Board, see explanations to Article 19) the right to list further optional data in a document which has to be approved by the General Assembly. With this procedure it will be possible to adapt the list of data flexibly according to new developments and requirements without changing the Treaty itself. The optional data can be delivered if they are available in the national register, but there is no obligation to do so. With the reference to (the new) Article 19 paragraph (2) letter b) it is stated in which way the list has to be approved by the General Assembly.

The new paragraph (3) restricts the list of data to those data that are necessary to achieve the purposes of the Treaty by explicitly referring to Article 2 paragraph (2) subparagraphs i) to iii).

The data items listed in paragraph (1) are the same as in the original Treaty. Only the terms have been updated with respect to the general used terms in other EU legislation, especially Directive 1999/37/EC for vehicle data and Directive 2006/126/EC for driving licence data. The new paragraph (4) is the paragraph (2) of the original Treaty.

- Change of Article 8:
The new paragraph (1) was concluded during the EUCARIS Participants' Board meeting in Oslo in 2014 but then included as the last sentence in Article 8a(2). The sentence clarifies that especially the Parties have to ensure that the provisions of the Treaty itself are observed although the EUCARIS system can be used for other legal purposes. The sentence was transferred to Article 8 for the purpose of the structure of the Treaty.
The new paragraph (4) is a little modified version of the Article 9 of the original EUCARIS Treaty. The first sentence clarifies which authorities have the right to request information from EUCARIS directly via the central registration authorities. The second sentence specifies under which conditions such information may be supplied to other entities. The original EUCARIS Treaty contains in Article 9 a strict prohibition to forward information that is retrieved via EUCARIS to any other body or organisation that is not mentioned in the Treaty. Because of this strict prohibition it was not possible for the Scandinavian countries to sign the Treaty because this rule is not in compliance with the provisions of their national legislation. On the other hand the complete elimination of this prohibition is not acceptable for other countries (e. g. Germany, United Kingdom). After coming to a common interpretation the proposal from the Scandinavian countries was inserted. According to this new provision the forwarding of information to other entities is only allowed in compliance with the national law of the receiving Party and Directive 95/46/EC on data protection. These other entities can be private organisations.
- New Article 8a:
Article 8a contains – like Article 8 for the original purposes of the EUCARIS Treaty – the comparable provisions for the use of EUCARIS by Third Parties. In paragraph (1) the more general term “access” is used (instead of “direct access”) because in the other legal basis relevant for the use by a Third Party not only the “direct access” but also the “access” to the data in general has to be regulated. From the German perspective it is important that it is guaranteed by appropriate provisions in the Treaty, that Third Parties only have access to data for which they are authorized under the relevant legal basis. The provisions of Article 16 of the Treaty are not sufficient. Therefore, Article 8a has been extended by a new paragraph (3) which explicitly contains an appropriate provision. It's self-evident that access is also possible for private organisations but only in the case if these organisations are operating under the mandate of an authorized public authority.
- Deletion of Article 9:
The provisions of Article 9 are incorporated – in a slight different form – in the new Article 8 paragraph (3). So Article 9 can be deleted.
- Deletion of Article 10:
Because in the meantime EU legislation in the field of vehicle registration and driving licences covers the aspect of document handling it's not necessary anymore to regulate this separately in the Treaty. So Article 10 can be deleted.

- Change of Article 17:
The new number iv) gives more flexibility concerning the deletion of the records. In general the records shall be deleted after twelve months, but alternatively a longer or shorter period is possible according to the national legislation.
- Change of Article 18:
Besides Directive 95/46/EC also Regulation (EC) 45/2001 shall be respected by the Parties and Third Parties.
- Change of Article 19:
Instead of the term *Board* the more suitable term *General Assembly* is used (paragraph (1)). The General Assembly consists of representatives of all Parties and Third Parties, where each State has one vote irrespective of the number of delegates (paragraph (3)). The voting rights of the Third Parties are limited to those matters not concerning the Treaty itself (paragraph (4)). In paragraph (2) the responsibilities of the General Assembly are mentioned. These has been extended by a provision giving the General Assembly the explicit right to approve the document with the list of data mentioned in Article 5 paragraph (2) and the decision on all financial matters. Details (e. g. on subsidiary organs or the voting procedure) can be regulated in the Rules of Procedure (RoP) which has to be adopted by the General Assembly with a four-fifth majority (paragraphs (2) and (4)).
- Change of Article 20:
The costs shall be borne not only by the Parties but also the Third Parties. Because of different user groups for the different functionalities the expenses normally are not borne anymore in equal shares. A Party or Third Party has to pay – besides the general contribution – only for those functionalities which he uses.

Joint Declaration

The States Parties to the Treaty concerning a European Vehicle and Driving Licence Information System (EUCARIS), signed at Luxembourg on 29 June 2000, agree on a common understanding that Article 1, number 2, Article 2, paragraph 2 under iv) and Article 8a of the Treaty as amended by the Protocol, signed today, shall be interpreted in the way that EUCARIS may be used for functional services concerning the exchange of vehicle or transport related data, if automated exchange of the data is allowed or compulsory in the EU legal act, bilateral agreement, multilateral agreement or national legislation that is the basis for this exchange.

Protocole portant amendement du Traité sur un Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire (EUCARIS)

Préambule

Les États parties au Traité sur un Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire (EUCARIS), signé à Luxembourg, le 29 juin 2000,

sont convenus des dispositions suivantes :

Article I

(1) L'article 1 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 1

Au sens du présent Traité on entend par :

1. « Partie », un quelconque État qui est partie du Traité, c.-à-d. soit une partie contractante, soit une partie adhérente au Traité ;
2. « tiers », un quelconque État qui n'est pas une partie du Traité au sens de l'article 1.1 ou une institution supranationale de droit public qui utilise le système EUCARIS pour un échange de données en vertu soit d'un acte juridique de l'UE, soit d'un accord bilatéral ou multilatéral ;
3. « autorités centrales », les autorités des Parties qui sont responsables de la gestion des banques de données centrales relatives aux véhicules et aux permis de conduire ;
4. « prescriptions nationales », toutes les règles juridiques et administratives d'une Partie pour l'exécution desquelles les autorités centrales de cette Partie sont responsables, intégralement ou partiellement, en matière :
 - a) d'immatriculation ou d'enregistrement de véhicules, et
 - b) de délivrance et d'enregistrement de permis de conduire ;
5. « données personnelles », toutes les informations relatives à une personne physique déterminée ou susceptible d'être déterminée.

(2) L'article 2 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 2

- (1) Les autorités centrales mettent au point et tiennent à jour un système commun pour l'échange de données relatives aux véhicules et aux permis de conduire, ci-après dénommé « Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire », connu sous le nom « EUCARIS ».
- (2) L'objet du système EUCARIS consiste :
 - i) à garantir l'exactitude et la fiabilité des banques de données centrales des Parties relatives aux véhicules et aux permis de conduire ;
 - ii) à contribuer à prévenir, à rechercher et à poursuivre les infractions contre les lois des différents États dans le domaine des permis de conduire, de l'enregistrement de véhicules et d'autres fraudes et actions criminelles en relation avec des véhicules ;

- iii) à échanger rapidement les informations afin d'augmenter l'efficacité des mesures administratives que les autorités compétentes ont engagées en conformité avec les prescriptions nationales des Parties, et
- iv) à être à disposition des Parties et des tiers pour effectuer un échange de données en vertu soit d'un acte juridique de l'UE, soit d'un accord bilatéral ou multilatéral autre que le présent Traité.

(3) L'article 3 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 3

Dans le cadre du système EUCARIS, les autorités centrales rendent possible l'accès réciproque à une partie déterminée des données enregistrées dans les banques de données relatives aux véhicules et aux permis de conduire des Parties.

À cette fin, chaque autorité centrale dispose de son propre matériel informatique qui, grâce à l'utilisation de logiciels communs permet l'accès aux données de ses propres banques de données centrales relatives aux véhicules et aux permis de conduire aux fins de la réalisation de l'objet du Traité, et rend accessible les données des banques de données centrales relatives aux véhicules et aux permis de conduire des autres Parties.

(4) L'article 4 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 4

Aux fins de la réalisation des objets définis à l'article 2, alinéa (2), points i) à iii), les autorités centrales sont tenues, en prenant recours à des procédures automatisées, d'extraire, conformément aux articles 3 et 5, les données des banques de données centrales relatives aux véhicules et aux permis de conduire en vue d'assurer les tâches suivantes :

a) Banque de données centrale relative aux véhicules :

Si une demande pour l'immatriculation d'un véhicule est présentée dans le ressort d'une autorité centrale et si ce véhicule a été préalablement immatriculé dans le ressort d'une autre autorité centrale, les données fournies par le requérant doivent être comparées avec celles de la banque de données centrale relative aux véhicules de la Partie sur le territoire de laquelle le véhicule était immatriculé auparavant.

Si les données fournies par le requérant permettent d'établir que le véhicule avait été immatriculé auparavant sur le territoire national d'une autre Partie, les données fournies par le requérant sont en outre à comparer avec celles de la banque de données centrale relative aux véhicules de cette Partie.

b) Banque de données centrale relative aux permis de conduire :

Si la délivrance d'un permis de conduire est demandée dans le ressort d'une autorité centrale, celle-ci est autorisée à vérifier, en examinant les données disponibles dans les banques de données centrales relatives aux permis de conduire des autres Parties, si le requérant s'est vu délivrer dans le passé un permis de conduire qui est toujours valable.

La même procédure est d'application si une demande est présentée pour le remplacement ou l'échange d'un permis de conduire qui a été délivré dans le ressort d'une autre autorité centrale.

Si un permis de conduire qui a été délivré dans le ressort d'une autre autorité centrale est présenté auprès d'une autorité centrale aux fins de son enregistrement, une comparaison des données doit avoir lieu avec les données de la banque de données centrale relative aux permis de conduire de la Partie sur le territoire de laquelle le permis de conduire a été délivré.

(5) L'article 5 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 5

- (1) Les données suivantes doivent être disponibles en vue d'être récupérées par le biais de la procédure automatisée utilisée par les autorités centrales :
 - a) a) Banque de données centrale relative aux véhicules :
 - i) marque ;
 - ii) dénomination commerciale ;
 - iii) numéro d'identification du véhicule ;
 - iv) numéro d'immatriculation ;
 - v) date de la première immatriculation ;
 - vi) type de carburant ou source d'énergie ;
 - vii) confirmation de vol du véhicule.
 - b) b) Banque de données centrale relative aux permis de conduire :
 - i) numéro du permis de conduire ;
 - ii) nom ;
 - iii) autres noms ;
 - iv) date et lieu de naissance ;
 - v) catégories de permis de conduire pour lesquelles une autorisation existe ;
 - vi) indications administratives ou conditions et restrictions sous forme codée ;
 - vii) date de délivrance ;
 - viii) échéance de la validité ;
 - ix) indications relatives à l'invalidité ou la suspension d'une catégorie de permis de conduire.
- (2) En supplément aux données visées à l'alinéa (1), d'autres données disponibles de la banque de données centrale relative aux véhicules et de la banque de données centrale relative aux permis de conduire peuvent être mises à disposition en vue d'être récupérées par le biais de la procédure automatisée utilisée par les autorités centrales ; ces données doivent être énumérées dans un document qui, conformément à l'article 19, alinéa (2) sous b), est sujet à l'approbation de l'Assemblée générale.
- (3) Ce document doit uniquement contenir des données nécessaires aux fins de la réalisation des objets définis à l'article 2, alinéa (2), points i) à iii) du Traité.
- (4) Des accords concernant la récupération d'autres données par les autorités centrales dans le cadre de prescriptions nationales ne sont pas affectés.

(6) La première phrase de l'article 6 du Traité est modifiée comme suit :

Article 6

Aux fins de la réalisation des objets définis à l'article 2, alinéa (2), points i) à iii), les autorités centrales font le nécessaire, conformément aux prescriptions nationales des Parties, pour que des mesures soient prises pour clarifier la situation avant toute autre démarche administrative, s'il existe des doutes sur la situation réelle ou juridique des véhicules ou des permis de conduire.

[...]

(7) L'article 8 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 8

- (1) Les Parties prennent les mesures appropriées pour assurer le respect des dispositions du Traité.
- (2) L'accès direct aux données disponibles en vue de leur récupération dans le cadre du système EUCARIS conformément à l'article 5 est réservé aux autorités centrales des Parties.
- (3) Ces autorités sont responsables, pour compte de leur Partie, de la gestion conforme du système EUCARIS et prennent les mesures appropriées pour assurer le respect des dispositions du Traité.

(4) Aux fins de la réalisation des objets définis à l'article 2, alinéa (2), points i) à iii), et conformément aux prescriptions nationales des Parties, les autorités administratives compétentes pour l'immatriculation et l'enregistrement de véhicules et pour la délivrance et l'enregistrement de permis de conduire ainsi que les autorités policières, douanières, judiciaires et de sûreté nationales peuvent consulter les données du système EUCARIS par les autorités centrales. Ces informations ne doivent être communiquées à d'autres entités que dans le strict respect des prescriptions légales nationales de la Partie récupératrice et de la directive 95/46/EC du Parlement européen et du Conseil du 24 octobre 1995 relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, y compris les adaptations existantes ou le remplacement de cette directive.

(8) Un nouvel article 8a est inséré :

Article 8a

- (1) L'accès des Parties et des tiers aux données disponibles en vue de leur récupération sur la base d'un acte juridique de l'UE ou d'un accord bilatéral ou multilatéral autre que le présent Traité est réservé aux autorités compétentes dans l'un ou l'autre cas.
- (2) Ces autorités assument la responsabilité, à l'égard des tiers, de la gestion et de l'usage conformes du système EUCARIS.
- (3) Des mesures techniques sous forme de requêtes et d'informations autonomes ainsi que des fonctions spécifiques de l'échange de données pour les différents usages doivent garantir que les autorités des Parties et les tiers ont uniquement accès aux données auxquelles ils sont autorisés en vertu de l'acte juridique de l'UE ou de l'accord bilatéral ou multilatéral respectif.

(9) L'article 9 du Traité est supprimé.

(10) L'article 10 du Traité est supprimé.

(11) L'article 11, alinéa (1) du Traité est modifié comme suit :

Article 11

(1) Les Parties ne doivent utiliser des données qui sont communiquées dans le cadre de l'EUCARIS qu'aux seules fins de la réalisation des objets définis à l'article 2, alinéa (2), points i) à iii).

(12) L'article 12 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 12

Si des données sont échangées entre les autorités centrales dans le cadre de l'EUCARIS, l'autorité centrale ayant communiqué les données doit, sur sa demande, être informée de l'utilisation des données transmises ainsi que des mesures prises consécutivement.

(13) L'article 17 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 17

Les autorités centrales doivent s'assurer que des enregistrements soient dressés et que les enregistrements détenus par elles sur les données récupérées auprès des autorités centrales des Parties soient conformes aux prescriptions nationales sur la protection des données.

Ces enregistrements

1. doivent comporter la raison de la récupération, des indications détaillées sur les données récupérées ainsi que la date et l'heure des récupérations ;
2. ne doivent être utilisées qu'à des fins d'audit ;
3. doivent être protégés de façon appropriée contre une utilisation irrégulière et contre toute autre forme d'abus ;
4. doivent être supprimés après douze mois ou être traités conformément aux prescriptions légales nationales des Parties relatives à l'archivage et l'effacement d'enregistrements.

(14) L'article 18 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 18

Chaque Partie ou chaque tiers respecte le règlement (CE) n° 45/2001 du Parlement européen et du Conseil du 18 décembre 2000 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel par les institutions et les organes communautaires et à la libre circulation de ces données et désigne conformément à la directive 95/46/CE les autorités de contrôle nationales qui sont chargées de surveiller de façon tout à fait indépendante le respect des prescriptions sur la protection des données du Traité. Cet article s'appliquera également lorsque le règlement ou la directive seront modifiés ou remplacés.

Les autorités de contrôle procèdent à une surveillance et à des contrôles indépendants, conformément à leurs prescriptions légales nationales particulières, en vue de garantir que les droits des personnes concernées ne sont pas violés de par la récupération et l'utilisation des données. À ces fins les autorités de surveillance ont accès au système EUCARIS.

(15) L'article 19 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 19

- (1) L'Assemblée générale est composée de représentants des Parties et de représentants des tiers. En règle générale, l'Assemblée se réunit une fois par an et chaque fois que les circonstances l'exigent.
- (2) L'Assemblée générale est responsable
 - a) pour la mise en œuvre et l'application conforme des dispositions du Traité ;
 - b) pour l'approbation du document visé à l'article 5, alinéa (2), comportant la liste de données qui en plus des données mentionnées à l'article 5, alinéa (1), peuvent être mises à disposition en vue d'être récupérées ;
 - c) pour le fonctionnement conforme du système EUCARIS ;
 - d) pour toutes les affaires financières relatives à EUCARIS.L'Assemblée générale peut, pour l'assister dans ses missions, instituer des organismes ou des groupes de travail si elle le juge nécessaire.
L'Assemblée générale arrête son règlement intérieur à la majorité des quatre cinquièmes.
- (3) Chaque État dispose d'une voix indépendamment du nombre de délégués que les Parties ou les tiers ont envoyés à l'Assemblée générale et également indépendamment du nombre de liaisons ou de fonctions et usagers.

- (4) Les décisions ou les recommandations concernant le Traité, la liste des données visées à l'article 5, alinéa (2), et le traitement des États qui souhaitent adhérer au Traité, sont réservées aux Parties et requièrent la majorité des quatre cinquièmes, la moitié au moins des Parties étant présentes. L'Assemblée générale arrête dans son règlement intérieur les procédures de vote pour l'ensemble des autres décisions.

(16) L'article 20 du Traité est remplacé par le texte suivant :

Article 20

- (1) Les frais relatifs à la gestion et à l'utilisation du système EUCARIS par les Parties et les tiers sur leur territoire national sont à la charge de la Partie concernée, respectivement du tiers concerné.
- (2) Sous réserve de l'assentiment préalable de l'Assemblée générale, les dépenses communes générées par la mise en œuvre du Traité sont supportées par les Parties et les tiers.

Article II

- (1) Le présent protocole est soumis à la ratification, l'acceptation ou l'approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont à déposer auprès du dépositaire du présent protocole, le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg.
- (2) Ce protocole entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de réception par le dépositaire du deuxième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation au protocole.
- (3) Pour les Parties contractantes qui déposent leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation au présent protocole après l'entrée en vigueur du protocole, le protocole entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de dépôt auprès du dépositaire.
- (4) Tout État qui adhère au Traité conformément à l'article 24 du Traité après l'entrée en vigueur du présent protocole, adhère au Traité amendé.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent protocole.

Fait à Luxembourg le 8 juin 2017 dans les langues allemande, anglaise, française et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, en un exemplaire original qui est déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, qui en remet une copie certifiée à chaque Partie contractante.

Pour le Royaume de Belgique

Pour la République fédérale d'Allemagne

Pour la République de Lettonie

Pour le Grand-Duché de Luxembourg

Pour le Royaume des Pays-Bas

Pour la Roumanie

Pour la République slovaque

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Indications et explications concernant les modifications

- Remarque générale :
L'adaptation du Traité EUCARIS est principalement motivée par le fait qu'entretemps EUCARIS en tant que système technique est non seulement utilisé pour l'échange de données en vertu du Traité, mais également pour l'échange de données sur la base d'autres actes juridiques de l'UE (p.ex. la directive CBE et les décisions du Conseil concernant le Traité de Prüm) ou sur la base d'accords bilatéraux et multilatéraux. Cette utilisation multifonctionnelle du système EUCARIS n'est pas reflétée dans le Traité existant. C'est pourquoi, l'objectif principal des amendements consiste à élargir le Traité par des « clauses d'ouverture » de manière à ce qu'il constitue également une base juridique pour l'utilisation de l'EUCARIS à d'autres fins. En complément, quelques modifications rédactionnelles et quelques clarifications ont été apportées.
- Modification de l'article 1 :
N° 1 précise que le terme *Partie* désigne toujours un État (et pas une organisation).
N° 2 introduit une définition du terme *tiers*. Un *tiers* est soit un État qui n'est pas une Partie contractante, soit une institution de droit public organisée de façon suprarégionale (la Commission européenne, par exemple) qui utilisent l'EUCARIS pour un échange de données sur la base d'un acte juridique de l'UE ou d'un accord bilatéral ou multilatéral. Un *tiers* ne peut jamais être une organisation privée.
- Modification de l'article 2 :
A l'alinéa (2), point iii), le terme « prescriptions nationales » est utilisée conformément à la définition à l'article 1, point 4, au lieu du terme « règles juridiques et administratives » (comme dans les autres versions linguistiques du Traité).
L'insertion du nouveau point iv) sert à étendre les objets de l'utilisation de l'EUCARIS à un possible usage par des *tiers* (sur des bases juridiques pertinentes).
- Modification de l'article 5 :
L'article 5 initial du Traité EUCARIS définit les données qui doivent obligatoirement être mises à disposition par les Parties contractantes en vue d'être récupérées par le biais de la procédure automatisée aux fins du Traité. La liste des données obligatoires doit être précisée dans le Traité. Il doit pourtant être possible de spécifier d'autres données facultatives sans avoir à recourir à une modification du Traité. Ainsi, les nouveaux alinéas (2) et (3) confèrent à l'Assemblée générale de l'EUCARIS (l'ancien 'Participants' Board, cf. également les explications relatives à l'article 19) le droit d'énumérer, dans un document adopté par l'Assemblée générale, d'autres données facultatives à inclure dans les informations à communiquer. Il sera ainsi possible d'adapter les données de manière souple aux nouveaux développements et exigences sans avoir à modifier le Traité même. Les données dont la communication est facultative ne doivent être transmises que s'ils sont disponibles, il n'y a pas d'obligation de communiquer ces données. La référence à l'article 19, alinéa (2) sous b), définit les règles à appliquer pour l'adoption de la liste.

Le nouvel alinéa (3) limite la liste des données aux données nécessaires à la réalisation des objets définis à l'article 2, alinéa (2), points i) à iii). Les éléments de données énumérés à l'alinéa (1) correspondent à ceux du Traité initial. Seules les désignations ont été adaptées aux termes utilisés dans le cadre de la législation européenne, notamment ceux de la directive 1999/37/CE relative aux documents d'immatriculation des véhicules et de la directive 2006/126/CE relative aux permis de conduire.

Le nouvel alinéa (4) correspond à l'alinéa (2) du Traité initial.

- Modification de l'article 8 :

Le nouvel alinéa (1) qui a été adopté dans le cadre de la rencontre des participants en 2014 à Oslo, a été initialement prévu comme dernière phrase à l'article 8a, alinéa (2). Cette phrase sert à clarifier que les Parties sont notamment tenues à assurer le respect des dispositions du Traité, même dans les cas où le système EUCARIS est utilisé sur une base légale servant à d'autres fins. La phrase a été déplacée à l'article 8 afin de prendre en considération la structure du Traité.

Le nouvel alinéa (4) correspond à une version légèrement amendée de l'article 9 du Traité EUCARIS initial. La première phrase clarifie quelles (autres) autorités ont le droit d'obtenir des informations directes auprès des autorités d'enregistrement centrales. La deuxième phrase spécifie les conditions dans lesquelles ces informations peuvent être transmises à d'autres entités. Jusqu'à présent, l'article 9 du Traité EUCARIS avait prévu la stricte interdiction de transmettre les données récupérées par le système EUCARIS à d'autres autorités que celles indiquées dans le Traité. La stricte interdiction de transmettre des données implique qu'une signature du Traité ne serait pas possible pour les États scandinaves étant donné que cette disposition (antérieure) n'est pas conforme aux lois nationales respectives. D'autre part, la suppression pure et simple de cette interdiction ne serait pas acceptable pour d'autres États (p.ex. l'Allemagne ou le Royaume-Uni). Après être parvenu à une compréhension commune (des faits sous-jacents) la proposition scandinave a été adoptée. Selon cette nouvelle disposition la transmission des données à d'autres entités n'est admissible que lorsque la législation nationale de la Partie réceptrice permet une telle transmission et que la directive européenne 95/46/CE relative à la protection des données à caractère personnel est respectée. Les autres entités peuvent également être des organisations privées.

- Nouvel article 8a:

L'article 8a prévoit des règles relatives à la transmission de données à des tiers tels que déterminés par l'article 8 aux fins des Parties contractantes du Traité EUCARIS. Dans ce contexte, le terme « accès » à l'alinéa (1) remplace le terme « accès direct » qui est une notion plus restreinte, étant donné que les bases contractuelles pour l'utilisation du système EUCARIS par des tiers ne devront non seulement régler l'accès direct, mais de manière générale tout accès aux données.

Du point de vue allemand, il faudrait garantir par des dispositions adéquates dans le Traité que des tiers aient uniquement accès aux données auxquelles ils ont droit en vertu de la base juridique respective. Les dispositions de l'article 16 du Traité ont été considérées comme insuffisantes. C'est pourquoi, un nouvel alinéa (3) a été ajouté à l'article 8a lequel prévoit explicitement une réglementation adéquate en la matière. Il est évident que l'accès (aux données) est également permis aux organisations privées, mais uniquement dans le cas où ces organisations travaillent sur mandat d'une autorité publique habilitée.

- Suppression de l'article 9 :
Les dispositions de l'article 9 ont été reprises sous forme légèrement modifiée dans l'article 8, alinéa (3). L'article 9 peut donc être supprimé.
- Suppression de l'article 10 :
Puisque la législation de l'UE dans les domaines de l'enregistrement des véhicules et des permis de conduire couvre désormais les aspects du traitement des documents, un règlement séparé dans le cadre du Traité n'est plus nécessaire. Par conséquent, l'article 10 peut être supprimé.
- Modification de l'article 17 :
Le nouveau point 4 permet plus de flexibilité pour la suppression de données (reçues par le système EUCARIS). En règle générale, ces données devront être effacées après douze mois à moins que la législation nationale admette ou prescrive des délais plus longs ou plus courts.
- Modification de l'article 18 :
Outre la directive 95/46/CE, les Parties et les tiers sont également tenus à respecter le règlement (CE) n° 45/2001 (en ce qui concerne la protection des données).
- Modification de l'article 19 :
L'expression « Board » (comité) est remplacée par l'expression mieux adaptée de « General Assembly » (Assemblée générale) (alinéa 1). L'Assemblée générale est constituée de représentants de toutes les Parties et de tous les tiers (telle que définie à l'article 1) avec une seule voix pour chaque État indépendamment du nombre de délégués (alinéa 3). Les droits de vote des tiers sont limités aux affaires qui ne concernent pas le Traité lui-même (alinéa 4). Les responsabilités de l'Assemblée générale sont définies à l'alinéa 2. Celles-ci ont été élargies par un règlement qui confère à l'Assemblée générale le droit d'adopter le document, c'est-à-dire la liste de données, conformément à l'article 5, alinéa (2), et de prendre des décisions concernant l'ensemble des affaires financières. Des modalités détaillées (sur la mise en place de sous-comités ou sur la procédure de vote, par exemple) peuvent être fixées dans le règlement interne (RoP) qui doit être adopté par l'Assemblée générale avec la majorité des quatre cinquièmes (alinéas 2 et 4).

- Modification de l'article 20 :
Les frais (du système EUCARIS) sont à la charge des Parties et des tiers. Compte tenu des fonctionnalités diverses et des compositions divergentes des groupes d'utilisateurs, les dépenses, par principe, ne sont pas supportées à parts égales. Outre la contribution pour le raccordement et la contribution de base, une Partie ou un tiers ne devra payer que pour les fonctionnalités utilisées (par l'État respectif).

Déclaration conjointe

Les États parties au Traité sur un Système d'Information Européen concernant les Véhicules et les Permis de conduire (EUCARIS), signé le 29 juin 2000 à Luxembourg, conviennent d'un commun accord que l'article 1, point 2, l'article 2, paragraphe 2, sous iv), et l'article 8a doivent être interprétés comme permettant l'utilisation du système EUCARIS pour des services fonctionnels concernant l'échange de données relatives à des véhicules ou à des transports, si l'échange automatisé de ces données est autorisé ou obligatoire en vertu de l'acte juridique de l'UE, de l'accord bilatéral ou multilatéral ou de la législation nationale à la base de cet échange.

Denkschrift zu dem Protokoll

I. Allgemeines

EUCARIS ist die Abkürzung für das European Car and Driving Licence Information System. Es stellt eine technische Plattform für Datenaustauschsysteme im Bereich Verkehrsregisterdaten dar. EUCARIS wurde Mitte der 90er Jahre ursprünglich für Zwecke des Online-Abrufs von Fahrzeugdaten im Rahmen der Zulassung von Fahrzeugen und von Fahrerlaubnisdaten im Rahmen der Fahrerlaubniserteilung unter Federführung des Königreichs der Niederlande entwickelt. Parallel wurde die Schaffung einer entsprechenden völkerrechtlichen Grundlage vorbereitet.

Mit dem Vertrag über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (European Car and Driving Licence Information System -EUCARIS-) vom 29.06.2000 wurde die völkerrechtliche Grundlage für den Austausch von Fahrzeug- und Führerscheindaten zwischen den zuständigen zentralen Registerbehörden der Vertragsstaaten sodann geschaffen.

Vertragsparteien waren zunächst das Königreich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland. In den Folgejahren traten die Slowakische Republik, die Republik Lettland und Rumänien dem Vertrag bei. Weitere Staaten, die die Absicht erklärt hatten, dem Vertrag beitreten zu wollen, haben mit Zustimmung der Vertragsparteien ebenfalls den EUCARIS-Vertrag angewandt.

Das Kraftfahrt-Bundesamt ist seit dem 25.09.2000 als zentrale deutsche Registerbehörde an das EUCARIS-Datenaustauschsystem angeschlossen. Der EUCARIS-Vertrag wurde in Deutschland mit dem Vertragsgesetz vom 13.12.2003 innerstaatlich umgesetzt (Bundesgesetzblatt 2003 Seite 1786 ff.) und ist nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde für Deutschland am 01.05.2009 in Kraft getreten (Bundesgesetzblatt 2009 S. 1128 f).

Seitdem wurde EUCARIS auf Basis moderner Technologien mit zusätzlichen Funktionalitäten – u. a. für den Halterdatenaustausch auf der Grundlage des Vertrags von Prüm und später der entsprechenden Ratsbeschlüsse der EU-Kommission 2008/615/JI und 2008/616/JI, für den Datenaustausch im Rahmen der Richtlinie 2006/126/EG („RESPER“) sowie für Halterdatenaustausch bei Verkehrsordnungswidrigkeiten im Rahmen der Richtlinie 2015/413/EU – weiterentwickelt.

Nach mehrjährigen Verhandlungen mit den acht EUCARIS-Vertragspartnerstaaten und unter Beteiligung aller Staaten, die die technische EUCARIS-Plattform nutzen, wurde das Protokoll zur Änderung des EUCARIS-Vertrags am 08.06.2017 in Luxemburg am Rande des Verkehrsministerrates unterzeichnet, Rumänien hat im Nachgang unterzeichnet. Dem Änderungsprotokoll beigefügt ist eine Gemeinsame Erklärung zur Auslegung von Artikel 1 Nummer 2, Artikel 2 Absatz 2 Ziffer IV und Artikel 8a des geänderten Vertrags. Sie beinhaltet, dass EUCARIS für Funktionalitäten zum Austausch von Fahrzeugregisterdaten und straßenverkehrsbezogenen Daten außerhalb des EUCARIS-Vertrags nur genutzt werden darf, wenn der automatisierte Austausch der Daten aufgrund einer anderen Rechtsgrundlage (EU-Rechtsakt, bi- oder multilateralen Abkommen oder nationaler Rechtsakt) auch explizit erlaubt ist.

Mit der Ratifikation des Änderungsprotokolls durch die Republik Lettland und das Königreich der Niederlande trat der geänderte Vertrag am 01.03.2018 völkerrechtlich in Kraft.

Derzeit sind alle EU-Staaten sowie Island, Norwegen und die Schweiz technisch an das EUCARIS-Datenaustauschsystem angeschlossen und nutzen unterschiedliche Verfahren auf Basis entsprechender Rechtsgrundlagen.

II. Besonderes

Mit EUCARIS steht eine leistungsfähige technische Plattform für die Realisierung EU-weiter Datenaustausch-Systeme zur Verfügung. EUCARIS hat sich als technische Plattform für die Realisierung länderübergreifender Datenaustauschverfahren im Verkehrsbereich bewährt. Der länderübergreifende Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten sowie Fahrerlaubnisdaten gewinnt innerhalb der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung, da er Gegenstand mehrerer europäischer Rechtsakte ist und seit einiger Zeit auch im Massenverfahren praktiziert wird.

Mit der Unterzeichnung des Änderungsprotokolls und der Gemeinsamen Erklärung wird der EUCARIS-Vertrag vom 29.06.2000 nunmehr erweitert, um EUCARIS als technisches Transportmittel auch für die Umsetzung anderer bilateraler oder multilateraler Vereinbarungen oder Verträge oder anderer Rechtsgrundlagen und auch durch Dritte, die nicht Vertragspartner des EUCARIS-Vertrags sind, technisch nutzen zu können. Darüber hinaus wurden die Regelungen zur Nutzung der Daten in den Empfängerstaaten überarbeitet.

Die Erweiterung bewirkt eine Stärkung des EUCARIS-Datenaustauschsystems und ein Bekenntnis sowohl der Vertragsstaaten als auch der das System nutzenden Staaten zu diesem völkerrechtlichen Instrument.

Hintergrund für die Änderung des EUCARIS-Vertrags ist die Tatsache, dass EUCARIS als technisches System inzwischen nicht nur für den Datenaustausch auf Grund des Vertrags, sondern auch für den Datenaustausch auf der Grundlage von anderen EU-Rechtsakten (z. B. der Richtlinie (EU) 2015/413 vom 11.03.2015 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte) oder aufgrund zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte genutzt wird. Diese multifunktionale Nutzung von EUCARIS spiegelt sich im ursprünglichen Vertrag von 2000 nicht wider. Mit dem Änderungsprotokoll wird der EUCARIS-Vertrag nunmehr geöffnet. Damit soll allen Nutzern des Systems unabhängig davon, ob sie auch den EUCARIS-Vertrag gezeichnet und ratifiziert haben, die Möglichkeit zur Mitbestimmung bei der weiteren Nutzung und dem Ausbau des Systems gegeben werden. Das ist erforderlich, weil die Vertragsstaaten, die nicht auch Signaturstaaten sind („Third Parties“), im Rahmen der Mitgliederversammlung bisher kein Stimmrecht besaßen.

Das Änderungsprotokoll stellt klar, dass eine Partei immer ein Staat und keine Organisation ist. Es wird nunmehr der Begriff Dritter („Third Party“) definiert. Ein Dritter ist entweder ein Staat, der keine Vertragspartei ist, oder eine außerhalb des Hoheitsbereichs eines Staates handelnde Stelle (z. B. die Europäische Kommission), die EUCARIS für einen Datenaustausch auf der Grundlage eines EU-Rechtsakts oder einer zwei- oder mehrseitigen

Übereinkunft nutzt. Ein Dritter darf keine private Organisation sein. Mit Artikel 2 werden die Zwecke von EUCARIS auf die Möglichkeit des Gebrauchs durch Dritte ausgedehnt.

Zu den bereits im Vertrag festgelegten zum Abruf im automatisierten Verfahren für die Zwecke des Vertrags bereitzuhaltenden Daten (Auflistung) soll es eine Möglichkeit geben, weitere optionale Daten ohne das Erfordernis einer Vertragsänderung festzulegen. Hierzu wird der EUCARIS-Generalversammlung die Befugnis übertragen, weitere optional in die Auskunft aufzunehmende Daten in einem Dokument aufzulisten, das durch die Generalversammlung genehmigt werden muss. Hiermit wird die Möglichkeit geschaffen, den Datenumfang flexibel an neue Entwicklungen und Anforderungen anzupassen, ohne den Vertrag selbst ändern zu müssen. Dabei sind die optional in eine Auskunft einzubeziehenden Daten nur zu liefern, wenn sie im nationalen Register verfügbar sind. Es wird keine Verpflichtung zur Erhebung zusätzlicher Daten begründet. Die Auflistung der Daten wird auf solche beschränkt, die zur Erreichung der Zwecke des Vertrags nach Artikel 2 Absatz 2 Ziffern i bis iii notwendig sind.

Die Vertragsänderung spezifiziert darüber hinaus, unter welchen Bedingungen Informationen von den zentralen Registerbehörden an andere Stellen übermittelt werden dürfen. Bisher beinhaltete Artikel 9 des EUCARIS-Vertrags ein striktes Weitergabeverbot der über EUCARIS abgerufenen Daten an andere als die im Vertrag genannten Stellen und Organisationen. Aufgrund dieses strikten Weitergabeverbots war eine Unterzeichnung des Vertrags für die skandinavischen Staaten nicht möglich, da diese Bestimmung nicht in Übereinstimmung mit den dortigen nationalen Rechtsvorschriften steht. Auf der anderen Seite war eine ersatzlose Streichung dieses Verbots für andere Staaten (z. B. Deutschland oder das Vereinigte Königreich) nicht akzeptabel. Nach dem neuen gemeinsamen Verständnis der Vertragsparteien wurde eine Formulierung aufgenommen, die die Weitergabe der Daten an andere Stellen nur zulässt, sofern das innerstaatliche Recht der empfangenden Partei dies erlaubt und die europäische Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG) beachtet wird. Die anderen Stellen können unter diesen Bedingungen auch private Organisationen sein.

Neu eingefügt wurde Artikel 8a, der Regelungen für die Nutzung von EUCARIS durch Dritte vorsieht. In Absatz 1 wird der Begriff des „unmittelbaren Zugangs“ durch den weiter gefassten Begriff des „Zugangs“ ersetzt. Hintergrund ist, dass der Vertrag den generellen Zugang zu den Daten regelt. Regelungstechnisch war es deshalb erforderlich, die Zugangsberechtigungen für Dritte, die keinen vollständigen Zugang zu den Daten erhalten, speziell zu regeln.

Dritte erhalten danach nur Zugang zu den jeweiligen Daten, für die sie gemäß der jeweiligen Rechtsgrundlage berechtigt sind. Artikel 8a Absatz 3 sieht entsprechende Vorkehrungen in technischer Hinsicht vor.

Mit der Neufassung von Artikel 17 wird eine größere nationalstaatliche Flexibilität im Hinblick auf die Löschung von Protokolldaten über Datenabrufe geschaffen. Im Allgemeinen sind diese Datensätze nach zwölf Monaten zu löschen, es sei denn, längere oder kürzere Fristen sind aufgrund der nationalen Rechtsvorschriften möglich.

Durch eine Ergänzung in Artikel 18 wird bewirkt, dass nunmehr auch die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr von den Parteien und von Dritten zu beachten ist.

Das bisherige in Artikel 19 vorgesehene Gremium von EUCARIS, die Kommission, wird im neuen Artikel 19 durch die Generalversammlung ersetzt. Diese besteht aus Vertretern aller Parteien und Vertretern von allen Dritten, wobei jeder Staat eine Stimme hat, und zwar unabhängig von der Anzahl der Delegierten. Die Stimmrechte von Dritten sind auf solche Angelegenheiten begrenzt, die nicht den Vertrag selbst betreffen. Die Aufgaben des Gremiums werden um eine Regelung ergänzt, mit der der Generalversammlung das ausdrückliche Recht eingeräumt wird, das Dokument mit der Auflistung der in Artikel 5 Absatz 2 genannten Daten zu genehmigen und Beschlüsse über alle finanziellen Angelegenheiten zu fassen. Details (z. B. über Nebenorgane oder das Abstimmungsverfahren) können in der Geschäftsordnung festgelegt werden, die von der Generalversammlung mit Vierfünftel-Mehrheit zu beschließen ist.

Die Regelungen über die Verteilung der Kosten für den Betrieb und die Benutzung von EUCARIS werden nach Artikel 20 an die Öffnung von EUCARIS als technisches Transportmittel auch für Dritte entsprechend angepasst. Die Kosten sind nicht nur von den Parteien, sondern auch von den Dritten zu tragen. Aufgrund der unterschiedlichen Funktionalitäten und der verschiedenen Zusammensetzung der Nutzergruppen werden die Aufwendungen grundsätzlich nicht zu gleichen Teilen verteilt. Eine Partei oder ein Dritter hat, neben dem allgemeinen Beitrag für die Bereitstellung und Nutzung der EUCARIS-Plattform, nur für die von ihr beziehungsweise ihm genutzten Funktionalitäten Entgelte zu entrichten.

Mit der Gemeinsamen Erklärung wird eine gemeinsame Auslegung des Änderungsprotokolls festgehalten. Es soll damit klargestellt werden, dass EUCARIS für Funktionalitäten zum Austausch von Fahrzeugdaten und straßenverkehrsbezogenen Daten außerhalb des EUCARIS-Vertrags nur genutzt werden darf, wenn der automatisierte Austausch der Daten aufgrund einer anderen Rechtsgrundlage (EU-Rechtsakt, bi- oder multilateralen Abkommen oder nationaler Rechtsakt) auch explizit erlaubt ist.

Damit ist klargestellt, dass der geänderte Vertrag keine zusätzlichen Auskunftsverpflichtungen begründet, sondern nur dann zur Anwendung kommt, wenn es eines Instruments für die Umsetzung einer bi- oder multilateralen Vereinbarung oder eines Rechtsaktes der Europäischen Union bedarf.